

Mitteilung Nr. 574 / 2021

Bearb.: Frau Schenker
Tel.: 0345/21466 – 13
Mail: schenker@kgsan.de
Datum: 16.09.2021

3. Änderungsvereinbarung zur Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung

Mit einer Neufassung des § 9 Abs. 1 Nr. 8 KHEntgG durch das Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) wurden die Vertragsparteien auf Bundesebene beauftragt, bis zum 17. August 2021 eine Vereinbarung zur einheitlichen Form der Dokumentation der Höhe des vereinbarten Pflegebudgets sowie der wesentlichen Rechengrößen zur Herleitung der vereinbarten, im Pflegebudget zu berücksichtigenden Kosten und der Höhe des Pflegebudgets, zu treffen. Die Vertragsparteien haben sich in diesem Zusammenhang auf eine neue Anlage 4.4 zur Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung verständigt. Eine entsprechende Excel-Datei wird auf der Homepage der DKG veröffentlicht.

Mit dem GVWG wurde der § 6a Abs. 3 Satz 3 KHEntgG dahingehend geändert, dass die Vertragsparteien nach § 11 KHEntgG das vereinbarte Pflegebudget einschließlich der jahresdurchschnittlichen Stellenbesetzung der Pflegevollkräfte, gegliedert nach Berufsbezeichnungen zu dokumentieren haben. Aus der Dokumentation müssen sowohl die Höhe des vereinbarten Pflegebudgets als auch die wesentlichen Rechengrößen zur Herleitung der vereinbarten, im Pflegebudget zu berücksichtigenden Kosten und der Höhe des Pflegebudgets hervorgehen. In der Begründung zu den Änderungsanträgen wird zudem erläutert, dass bei den Vorgaben insbesondere darauf zu achten ist, dass diese eine geeignete Grundlage für die Zwecke der Weiterentwicklung des Vergütungssystems nach § 17b KHG und die Überprüfung durch den Jahresabschlussprüfer darstellen müssen.

Zur Umsetzung der neuen Dokumentationsverpflichtungen in Bezug auf das vereinbarte Pflegebudget wurden die Vertragsparteien auf der Bundesebene mit dem GVWG beauftragt, die bereits geschlossene Vereinbarung nach § 9 Abs. 1 Nr. 8 KHEntgG (Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung) um weitere Regelungstatbestände zu ergänzen. Nach dem „neuen“ § 9 Abs. 1 Nr. 8 KHEntgG haben die Vertragsparteien auf Bundesebene bis zum 17. August 2021 eine Vereinbarung zur einheitlichen Form einer der Vereinbarung des Pflegebudgets beizufügenden Ergebnisdarstellung, die die wesentlichen Rechengrößen zur Herleitung der vereinbarten im

Pflegebudget zu berücksichtigenden Kosten und der Höhe des Pflegebudgets beinhaltet, zu treffen.

Die Vertragsparteien auf Bundesebene haben sich in diesem Zusammenhang auf die 3. Änderungsvereinbarung zur Vereinbarung nach § 9 Absatz 1 Nummer 8 des Krankenhausentgeltgesetzes (KHEntgG) über die näheren Einzelheiten zur Verhandlung des Pflegebudgets (Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung) vom 23.09.2019 (**Anlage 1**) verständigt. Zum Zwecke der besseren Nachvollziehbarkeit der getroffenen Änderungen hat die DKG zudem eine Lesefassung der Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung (**Anlage 2**) erstellt.

Eine Excel-Datei der Anlage wird auf der Homepage der DKG veröffentlicht und ist unter dem folgenden Link abrufbar:

<https://www.dkgv.de/themen/finanzierung-leistungskataloge/stationaere-verguetung/pflegefinanzierung/>

Wesentliche Inhalte der 3. Änderungsvereinbarung zur Vereinbarung nach § 9 Absatz 1 Nummer 8 KHEntgG:

Mit der 3. Änderungsvereinbarung wird die Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung um die neue Anlage 4.4 zur Dokumentation des Vereinbarungsergebnisses an die Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung ergänzt. Zudem wurde der Vereinbarungstext dahingehend geändert, dass die nicht mehr mit der aktuellen Rechtslage übereinstimmenden Vorgaben zur Übermittlung der Bestätigung des Jahresabschlussprüfers

(§ 2 Abs. 3 Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung) ausgesetzt werden.

1. Neue Anlage 4.4: Dokumentation des vereinbarten Pflegebudgets (Vereinbarungsblatt):

Die Dokumentation des Vereinbarungsergebnisses beruht im Wesentlichen auf dem Forderungsblatt (Anlage 4.3 zur Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung).

In der Begründung des GVWG zur Änderung des § 9 Abs. 1 Nr. 8 KHEntgG werden als die weiteren Rechengrößen die Anzahl der Vollkräfte, gegliedert nach Berufsbezeichnungen, die Pflegepersonalkosten, die pflegeentlastenden Maßnahmen, Ausgleichs für Mehr- und Minderkosten nach § 6a Absatz 2 Satz 3 KHEntgG und Mehr- und Mindererlösausgleiche nach § 6a Absatz 5 Satz 1 KHEntgG sowie eventuelle Rückzahlungen von nicht zweckentsprechend verwendeten Mitteln genannt. Um diesen Vorgaben des Gesetzgebers Rechnung zu tragen, wurden die nachfolgenden Punkte ergänzend aufgenommen:

- +/- Mehr- und Mindererlösausgleiche nach § 6a Absatz 5 Satz 1 KHEntgG
- +/- Mehr- und Minderkostenausgleiche nach § 6a Absatz 2 Satz 3 KHEntgG
- davon: Rückzahlungen von nicht zweckentsprechend verwendeten Mitteln nach § 6a Absatz 1 Satz 3 KHEntgG

Zudem wurde in einer Fußnote klargestellt, dass, sofern ein positiver Wert einzutragen ist, das Pflegebudget erhöht wird.

Eine weitere Änderung gegenüber der Anlage 4.3 ist die zusätzliche Zeile 16a. Hier soll als „davon-Ausweis“ der pflegeentlastenden Maßnahmen der zu berücksichtigende Betrag nach Absatz 2 des 2. Gliederungspunkts des Anhangs zur Anlage 3 der Pflegepersonalkostenabgrenzungsvereinbarung dokumentiert werden. Die Vertragsparteien verweisen in der Formulierung der Zeile 16a auf die Stelle in der Konkretisierung der Abgrenzung der Pflegepersonalkosten für das Jahr 2021 (Anhang zur Anlage 3), wonach darüber hinausgehendes Pflegepersonal (der Dienstart 01 – DA 1) aus den Rubriken „sonstige Berufe“ und „ohne Berufsabschluss“, stattdessen bei den pflegeentlastenden Maßnahmen in Höhe der hierdurch eingesparten Pflegepersonalkosten zu berücksichtigen ist.

2. Anlage 5: Muster zur Übermittlung der testierten Daten nach § 6a Abs. 3 Satz 4 KHEntgG:

Nach den mit dem GVWG geänderten Vorgaben des § 6a Abs. 3 Satz 4 KHEntgG ist nach Ablauf des Vereinbarungsjahres jährlich bis zum 30. September eine Bestätigung des Jahresabschlussprüfers vorzulegen über

1. die jahresdurchschnittliche Stellenbesetzung der Pflegevollkräfte insgesamt, gegliedert nach Berufsbezeichnungen,
2. die Pflegepersonalkosten insgesamt,
3. die Überprüfung der nach den Vorgaben der Vereinbarung nach § 17b Absatz 4 Satz 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und der Vereinbarung nach Absatz 1 Satz 1 im Pflegebudget
 - a) zu berücksichtigenden jahresdurchschnittlichen Stellenbesetzung der Pflegevollkräfte, gegliedert nach Berufsbezeichnungen, und
 - b) zu berücksichtigenden Pflegepersonalkosten,
4. eine geprüfte Aufstellung der Erlöse nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6a und
5. die Überprüfung der zweckentsprechenden Verwendung der Mittel im Sinne des Absatz 1 Satz 3.

Die Anlage 5 zur Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung beinhaltete ein Muster zur Übermittlung der testierten Daten nach § 6a Abs. 3 Satz 4 KHEntgG. Infolge der Änderungen durch das GVWG zur Bestätigung des Jahresabschlussprüfers stimmten die Inhalte der Anlage 5 nicht mehr mit den neuen gesetzlichen Anforderungen überein. Insofern bestand Einigkeit zwischen den Vertragsparteien, in der Folge auch die Anlage 5 an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Im Rahmen der Verhandlungen zur 3. Änderungsvereinbarung zur Vereinbarung nach § 9 Absatz 1 Nummer 8 KHEntgG konnte jedoch aufgrund inhaltlicher Differenzen kurzfristig keine Einigung diesbezüglich zwischen den Vertragsparteien auf Bundesebene erzielt werden. Vor diesem Hintergrund wurde abgestimmt, die Anpassung der Anlage 5 vorerst zurückzustellen und zunächst nur die Abarbeitung des gesetzlichen Auftrages aus dem GVWG in den Vordergrund zu stellen, um diese relativ zeitnah nach Ablauf der gesetzlichen Frist (17.08.2021) erfüllen zu können.

Da keine kurzfristige Abstimmung einer Anlage 5 zwischen den Vertragsparteien auf Bundesebene zu erwarten ist, ist vorgesehen, einseitige Empfehlungen für ein Mus-

ter zur Übermittlung der testierten Daten nach § 6a Abs. 3 Satz 4 KHEntgG im Mitgliedsbereich zur Verfügung zu stellen.

3. Inkrafttreten:

Die Änderungsvereinbarung tritt mit Unterzeichnung in Kraft. Die Vereinbarung ist auf den 30.08.2021 datiert.

Anlagen

3. Änderungsvereinbarung

zur

**Vereinbarung nach § 9 Absatz 1 Nummer 8
des Krankenhausentgeltgesetzes (KHEntgG)
über die näheren Einzelheiten zur Verhandlung
des Pflegebudgets
(Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung)
vom 23.09.2019**

zwischen

dem GKV-Spitzenverband, Berlin,

und

dem Verband der Privaten Krankenversicherung e. V., Köln,

- gemeinsam -

und

der Deutschen Krankenhausgesellschaft e. V., Berlin

Artikel 1

Die Vereinbarung nach § 9 Absatz 1 Nummer 8 des Krankenhausentgeltgesetzes (KHEntgG) über die näheren Einzelheiten zur Verhandlung des Pflegebudgets (Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung) vom 23.09.2019, zuletzt geändert durch Änderungsvereinbarung vom 22.04.2021, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 wird Absatz 3 aufgehoben. Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und wie folgt neu gefasst:

„(3) ¹Für den Vereinbarungszeitraum 2021 ist anstatt der Anlage 1 die Anlage 4 zu verwenden. ²Zum Nachweis der Angaben zum Pflegepersonal in den Rubriken „sonstige Berufe“ und „ohne Berufsabschluss“ nach dem Anhang zur Anlage 3 der Pflegepersonalkostenabgrenzungsvereinbarung 2021 ist die Anlage 6 zu verwenden. ³Für Krankenhäuser, die unter die Regelung des § 6a Absatz 7 KHEntgG fallen, gelten Satz 1 und 2 entsprechend.“

2. In § 2 wird nach Absatz 3 folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Für die Dokumentation des vereinbarten Pflegebudgets gem. § 6a Abs. 3 Satz 3 KHEntgG ist Anlage 4.4 zu verwenden.“

3. Anlage 5 wird bis zu einer Neuvereinbarung ausgesetzt. Im Anlagenverzeichnis wird an dieser Stelle ein Klammerzusatz „(Anwendung ausgesetzt)“ ergänzt.
4. Folgende Anlage 4.4 wird Vereinbarungsbestandteil:

Vereinbarung

Zeile (Hfd. Nr.)	Bezeichnung	Summe		Erläuterung	1		2		3		4		5		6		7		8		Notfallsanitäter/-innen Rettungsdienst
		Kosten in EUR	Vollkräfte im Jahresdurchschnitt		Kosten in EUR	Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	Kosten in EUR	Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	Bet	Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	Kosten in EUR	Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	Kosten in EUR	Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	Kosten in EUR	Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	Kosten in EUR	Vollkräfte im Jahresdurchschnitt			
Ermittlung der pflegebudgetrelevanten Kosten																					
1 ¹	Verbleibende pflegebudgetrelevante Pflegepersonalkosten (im direkten Beschäftigungsverhältnis)																				
2	+/- Kostenentwicklung (Preiskomponente)																				
3	+/- Anzahl der Pflegekräfte (Mengenkomponente)																				
4	+/- berufliche Qualifikation der Pflegekräfte (Strukturkomponente)																				
5	+/- sonstige Kosteneinflussfaktoren																				
6	Zwischensumme																				
7	- nicht im Pflegebudget zu berücksichtigende Vollkräfte (Bewertung zu durchschnittlichen Kosten der jeweiligen Rubrik aus Hfd. Nr. 6)																				
8	Verbleibende pflegebudgetrelevante Pflegepersonalkosten ⁴ (im direkten Beschäftigungsverhältnis)																				

Weitere pflegebudgetrelevante Kosten																					
9	Anzurechnender Anteil der Personalkosten für Auszubildende in der Pflege (sofern nicht in Dienstort 01 enthalten)																				
10	Sachkosten für Leiharbeiter und Honorarkräfte ^{4,5} (ohne direktes Beschäftigungsverhältnis - nur für pflegebudgetrelevante Leistungsbereiche)																				
11	Pflegerische Leistungen von externen Dritten (Berufsgruppenspezifische Differenzierung nur soweit in der Rechnung berufsgruppenspezifisch ausgewiesen)																				
12	Beiträge zur berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung (sofern nicht in DA 01 verbucht) (Anteil für Pflegekräfte)																				
13	Zusatz- und Sanierungsbeiträge zur ZVK (sofern nicht in DA 01 verbucht) (Anteil für Pflegekräfte)																				
14	Zwischensumme																				

15	Summe pflegebudgetrelevanter Personalkosten und VK		
16	Pflegeentlastende Maßnahmen		
16a	davon: zu berücksichtigender Betrag nach Absatz 2 des 2. Gliederungspunkts des Anhangs zur Anlage 3 der Pflegepersonalkostenabgrenzungsvereinbarung		
17	Zwischensumme (Pflegepersonalkosten einschließlich pflegeentlastender Maßnahmen)		
18	Budgetverlustbegrenzung		
19	Pflegepersonalkosten inklusive pflegeentlastende Maßnahmen und Budgetverlustbegrenzung (Pflegebudget ohne Ausgleich)		

		Betrag in EUR ⁶	
20	+/- Mehr-und Mindererlösausgleiche nach § 6a Absatz 5 Satz 1 KHEntG		
21	+/- Mehr-und Minderkostenausgleiche nach § 6a Absatz 2 Satz 3 KHEntG		
21a	davon: Rückzahlungen von nicht zweckentsprechend verwendeten Mitteln nach § 6a Absatz 1 Satz 3 KHEntG		
22	Pflegepersonalkosten inklusive pflegeentlastende Maßnahmen und Budgetverlustbegrenzung (Pflegebudget mit Ausgleich)		

- Ergänzende Hinweise:
- Daten aus Ifd. Nr. 28 der Anlage 4.2
 - Rettungssanitäter/-innen und Notfallsanistent/-innen sind unter "sonstige Berufe" anzugeben
 - Gemäß der landesrechtlichen Ausbildungsvorgaben
 - Die Summe der Vollkräfte aus Ifd. Nr. 8 und 10 in den Rubriken "sonstige Berufe" und "ohne Berufsabschluss" darf den Referenzwert 2018 der jeweiligen Rubrik (Anlage 6, Blatt "Referenzwerte 2018", Spalte "Referenzwert Vollkräfte 2018", Ifd. Nr. 34 bzw. 35) nicht überschreiten
 - Unter anderem sind Kosten von pflegebudgetrelevantem Personal aus Service- und Tochtergesellschaften in dieser Position zu berücksichtigen (gemäß Konkretisierung Anlage 3 der Pflegepersonalkostenabgrenzungsvereinbarung vom 04.03.2020)
 - Positiver Wert, falls Pflegebudget erhöht wird

	Keine Angaben erforderlich
	Berechnungsfelder
	Eingabefelder

nachrichtlich:
Referenzwert
Vollkräfte 2018

sonstige Berufe:

ohne Berufsabschluss:

Artikel 2

Diese Änderungsvereinbarung tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Berlin/Köln, den 30.08.2021

GKV-Spitzenverband

Verband der Privaten Krankenversicherung e. V.

Deutsche Krankenhausgesellschaft e. V.

Vereinbarung nach
§ 9 Absatz 1 Nummer 8 des Krankenhausentgeltgesetzes
(KHEntgG)
über die näheren Einzelheiten zur Verhandlung des
Pflegebudgets
(Pflegebudgetverhandlungsvereinbarung)

- 1. Änderungsvereinbarung vom 25.11.2019
- 2. 2. Änderungsvereinbarung vom 22.04.2021
- 4.3. Änderungsvereinbarung vom 30.08.2021

zwischen

dem GKV-Spitzenverband, Berlin

und

dem Verband der Privaten Krankenversicherung e. V., Köln

gemeinsam

sowie

der Deutschen Krankenhausgesellschaft e. V., Berlin

Präambel

Mit dem Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz – PpSG) vom 11.12.2018 hat der Gesetzgeber den GKV-Spitzenverband und den Verband der Privaten Krankenversicherung gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 8 KHEntgG beauftragt, gemeinsam mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft (nachfolgend: die Vertragsparteien) bis zum 31.07.2019 die näheren Einzelheiten zur Verhandlung des Pflegebudgets nach § 6a KHEntgG, insbesondere zu den vorzulegenden Unterlagen und zu dem Verfahren der Rückzahlungsabwicklung von nicht zweckentsprechend verwendeten Mitteln, zu vereinbaren. Die Vertragsparteien kommen mit der vorliegenden Vereinbarung diesem gesetzlichen Auftrag nach.

§ 1

Geltungsbereich und Grundsätze

- (1) ¹Diese Vereinbarung findet Anwendung für DRG-Krankenhäuser, die gemäß § 17b Absatz 4 KHG die Pflegepersonalkosten für die unmittelbare Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen aus dem Vergütungssystem auszugliedern haben. ²Dazu zählen auch die besonderen Einrichtungen nach § 17b Absatz 1 Satz 10 KHG.
- (2) ¹Für die Vergütung der dem einzelnen Krankenhaus entstehenden Pflegepersonalkosten nach § 17b Absatz 4 KHG wird gemäß § 6a KHEntgG von den Vertragsparteien nach § 11 KHEntgG ein Pflegebudget vereinbart. ²Grundlagen für die Ermittlung des Pflegebudgets sind die gesetzlichen Vorgaben und die Pflegepersonalkostenabgrenzungsvereinbarung in Verbindung mit dieser Vereinbarung. ³Für die Ermittlung der pflegebudgetrelevanten Kosten und Vollkräfte ist die Anlage 1 anzuwenden und den anderen Vertragsparteien vor der Vereinbarung des Pflegebudgets vorzulegen.
- (3) ¹Das Pflegebudget ist zweckgebunden für die Finanzierung der Pflegepersonalkosten nach § 6a Absatz 1 Satz 1 KHEntgG zu verwenden. ²Nicht zweckentsprechend verwendete Mittel sind gemäß § 6 Absatz 2 zurückzuzahlen.

§ 2

Ermittlung des Pflegebudgets und vorzulegende Unterlagen

- (1) ¹Gemäß § 6a Absatz 2 Satz 1 KHEntgG ist die Ausgangsgrundlage für die Ermittlung des Pflegebudgets die Summe der im Vorjahr für das jeweilige Krankenhaus entstandenen pflegebudgetrelevanten Pflegepersonalkosten. ²Unter dem Vorjahr nach Satz 1 ist das unmittelbar vor dem Vereinbarungszeitraum liegende Jahr zu verstehen. ³Für die Abgrenzung pflegebudgetrelevanter von nicht-pflegebudgetrelevanten Pflegepersonalkosten sind die Vorgaben der Vereinbarung nach § 17b Absatz 4 Satz 2 KHG (Pflegepersonalkostenabgrenzungsvereinbarung) anzuwenden.
- (2) ¹Der Krankenhausträger hat vor der Vereinbarung des jeweiligen Pflegebudgets den anderen Vertragsparteien nach § 11 KHEntgG die jahresdurchschnittliche Stellenbesetzung in Pflegevollkräften, gegliedert nach Berufsbezeichnungen, sowie die Pflegepersonalkosten nachzuweisen. ²Dazu hat der Krankenhausträger jeweils entsprechend der Struktur der **Anlage 1** die Ist-Daten des abgelaufenen Jahres, Ist-Daten des laufenden Jahres (ggf. als Hochrechnung) und die Forderungsdaten für den Vereinbarungszeitraum vorzulegen und Auskunft über den der Vergütung

zugrundeliegenden Tarifvertrag zu erteilen.³ Abweichend von Satz 2 sind die Ist-Daten des abgelaufenen Jahres (2018) für die Vereinbarung des Pflegebudgets 2020 nicht vorzulegen.⁴ In Abhängigkeit vom Verhandlungszeitpunkt können bereits vorliegende Ist-Daten des Vereinbarungszeitraums gemäß Anlage 1 berücksichtigt werden.⁵ Die Verhandlungsunterlagen nach Anlage 1 sollten nach Möglichkeit drei Wochen vor der Budgetverhandlung den anderen Vertragsparteien nach § 11 KHEntgG vorgelegt werden.⁶ Für die Vorlage ergänzender Unterlagen gilt § 11 Absatz 4 Sätze 3 und 4 KHEntgG entsprechend.⁷ Zur Ermittlung der Pflegebewertungsrelationen sind die zur Verhandlung des Gesamtbetrages vorzulegenden Formulare E1, E3.1 und E3.3 um die Spalten „Anzahl der Berechnungstage“, „PflegeBbewertungsrelationen/Tag“ sowie „Summe der Pflegebewertungsrelationen“ für den „Pflegeerlös“ zu ergänzen und an die anderen Vertragsparteien nach § 11 KHEntgG zu übermitteln (vergleiche Anlage 3).

- ~~(3) ¹Gemäß § 6a Absatz 3 Satz 3 KHEntgG hat der Krankenhausträger nach Ablauf des Vereinbarungsjahres den anderen Vertragsparteien nach § 11 KHEntgG und dem Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus für die Weiterentwicklung des Entgeltsystems nach § 17b des Krankenhausfinanzierungsgesetzes zudem jährlich jeweils bis zur in § 6a Absatz 3 Satz 3 KHEntgG gesetzlich festgelegten Frist bis zum 30. April erstmals für das Vereinbarungsjahr 2020 eine Bestätigung des Jahresabschlussprüfers über die jahresdurchschnittliche Stellenbesetzung der Pflegevollkräfte, gegliedert nach Berufsbezeichnungen, sowie über die Pflegepersonalkosten und über die zweckentsprechende Mittelverwendung vorzulegen.² Das Testat des Jahresabschlussprüfers umfasst die in **Anlage 2** aufgeführten Daten.³ Für die Übermittlung nach Satz 1 ist das vorliegende Format der Anlage 2 zu nutzen.~~

- (3) ¹Für den Vereinbarungszeitraum 2021 ist anstatt der Anlage 1 die Anlage 4 und anstatt der Anlage 2 die Anlage 5 zu verwenden. ²Zum Nachweis der Angaben zum Pflegepersonal in den Rubriken „sonstige Berufe“ und „ohne Berufsabschluss“ nach dem Anhang zur Anlage 3 der Pflegepersonalkostenabgrenzungsvereinbarung 2021 ist die Anlage 6 zu verwenden. ³Für Krankenhäuser, die unter die Regelung des § 6a Absatz 7 KHEntgG fallen, gelten Satz 1 und 2 entsprechend. ⁴Sofern die Vertragsparteien nach § 18 Absatz 2 KHG für den Vereinbarungszeitraum 2020 die „Empfehlung zu den Vorgaben der Vertragsparteien für die Zuordnung der Pflegepersonalkosten nach der Pflegepersonalkostenabgrenzungsvereinbarung vom 17.06.2019“ vom 18.12.2020 umsetzen, sind hierfür die Anlagen 3 bis 6 zu verwenden. ⁵Satz 3 gilt nicht für Pflegebudgetverhandlungen vor dem 01.05.2021.“

- (4) Für die Dokumentation des vereinbarten Pflegebudgets gem. § 6a Abs. 3 Satz 3 KHEntgG ist Anlage 4.4 zu verwenden.

§ 3

Konkretisierung zur tarifvertraglichen Vergütung

¹Die Wirtschaftlichkeit der dem einzelnen Krankenhaus entstehenden Pflegepersonalkosten wird nicht geprüft; die Bezahlung von Gehältern bis zur Höhe tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen gilt als wirtschaftlich, für eine darüber hinausgehende Vergütung bedarf es eines sachlichen Grundes. ²Zu der tarifvertraglich vereinbarten Vergütung im Sinne des § 6a Absatz 2 Satz 5 KHEntgG gehören auch Elemente, die nach den tarifvertraglichen Regelungen im Einzelfall gewährt werden können.

§ 4

Krankenhausindividuelle Entgelte (E3) und Besondere Einrichtungen

- (1) Die vereinbarten krankenshausindividuellen Entgelte enthalten ab dem Jahr 2020 keine Erlösanteile für Pflegepersonalkosten mehr, die über das Pflegebudget nach § 6a KHEntgG vergütet werden.
- (2) ¹Die Entgelte sind sachgerecht zu kalkulieren. ²Für die Vereinbarung der Entgelte sind Kalkulationsunterlagen vorzulegen.

§ 5

Pflegeentlastende Maßnahmen

- (1) Sofern ein Krankenhaus ab dem Jahr 2020 Maßnahmen ergreift oder bereits ergriffene Maßnahmen fortsetzt, die zu einer Entlastung von Pflegepersonal in der unmittelbaren Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen führen, ist von den Vertragsparteien nach § 11 KHEntgG zu vereinbaren, inwieweit hierdurch ohne eine Beeinträchtigung der Patientensicherheit Pflegepersonalkosten eingespart werden.
- (2) ¹Die in dem entsprechenden Vereinbarungszeitraum ab 2020 eingesparten Pflegepersonalkosten sind im Pflegebudget in einer Höhe von bis zu drei-vier Prozent des Pflegebudgets erhöhend zu berücksichtigen. ²Die Pflegepersonalkosten einsparende Wirkung von Maßnahmen ist vom Krankenhaus zu begründen und die Durchführung der Maßnahmen ist nachzuweisen. ³Die Rückführung der Mittel für nicht durchgeführte Maßnahmen ist über das Pflegebudget für den nächstmöglichen Vereinbarungszeitraum abzuwickeln.
- (3) Für die Vereinbarung und den Nachweis pflegeentlastender Maßnahmen hat das Krankenhaus die folgenden Informationen zu übermitteln:
 - a. Beschreibung der konkreten Entlastung des Pflegepersonals durch die Maßnahme im Vereinbarungszeitraum (inkl. Anzahl entlasteter Pflegekräfte in VK)
 - b. Kurzbeschreibung der Maßnahme/betroffene Organisationseinheit/-en
 - c. Startzeitpunkt und Laufzeit der Maßnahme
 - d. Einsparung in Euro und in VK durch die Maßnahme pro Jahr (erstmal ab dem Vereinbarungszeitraum 2020)

§ 6

Verfahren der Rückzahlungsabwicklung

- (1) ¹Weicht die Summe der auf das Vereinbarungsjahr entfallenden Erlöse des Krankenhauses aus den tagesbezogenen Pflegeentgelten nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6a KHEntgG von dem vereinbarten Pflegebudget ab, so werden Mehr- oder Mindererlöse gemäß § 6a Absatz 5 KHEntgG vollständig ausgeglichen. ²§ 4 Absatz 3

Satz 7 und 9 KHEntgG ist entsprechend anzuwenden. ³Der ermittelte Ausgleichsbetrag ist über das Pflegebudget für den nächstmöglichen Vereinbarungszeitraum abzuwickeln.

- (2) ¹Eine Abweichung der tatsächlichen Pflegepersonalkosten von den vereinbarten Pflegepersonalkosten wird gemäß § 6a Absatz 2 Satz 3 KHEntgG vollständig ausgeglichen. ²Der ermittelte Ausgleichsbetrag ist über das Pflegebudget für den nächstmöglichen Vereinbarungszeitraum abzuwickeln.

§ 7

Berechnung des krankenhausesindividuellen Pflegeentgeltwerts **Pflegeentgeltwert**

- (1) ¹Die Abzahlung des Pflegebudgets erfolgt über einen krankenhausesindividuellen Pflegeentgeltwert, der gemäß § 6a Absatz 4 Satz 2 KHEntgG berechnet wird, indem das für das Vereinbarungsjahr vereinbarte Pflegebudget durch die nach dem Pflegeerlöskatalog nach § 17b Absatz 4 Satz 5 KHG ermittelte voraussichtliche Summe der Bewertungsrelationen für das Vereinbarungsjahr dividiert wird. ²Dies umfasst auch die Pflegebewertungsrelationen für Leistungen nach § 8 Absatz 5 FPV. ³Zugrunde zu legen sind alle Berechnungstage der im Vereinbarungszeitraum entlassenen Fälle. ~~Die Vertragsparteien vereinbaren bis zum 31.10.2019 als Bestandteil zu dieser Vereinbarung verbindliche Regelungen zur Ermittlung des krankenhausesindividuellen Pflegeentgeltwerts unter Berücksichtigung der Jahresüberlieger für das Vereinbarungsjahr.~~
- (2) ¹Die Pflegebewertungsrelationen der Patienten, die über den Jahreswechsel behandelt werden (Überlieger), sind vollständig dem Pflegebudget des Entlassungsjahres zuzuordnen. ²Zur Berechnung des krankenhausesindividuellen Pflegeentgeltwerts 2020 werden die abgerechneten Fälle der Überlieger 2019/2020 auf den im Vereinbarungszeitraum 2020 geltenden Entgeltkatalog übergeleitet. ³Die sich infolge der Überleitung nach Satz 2 auf Grundlage des Pflegeerlöskatalogs 2020 ergebenden Pflegebewertungsrelationen werden vollständig bei der Ermittlung des krankenhausesindividuellen Pflegeentgeltwerts 2020 berücksichtigt. ⁴Bei der Berechnung des krankenhausesindividuellen Pflegeentgeltwerts 2021 werden die abgerechneten Fälle der Überlieger 2020/2021 mit den abgerechneten Pflegebewertungsrelationen 2020 berücksichtigt. ⁵Eine Überleitung auf den im Vereinbarungszeitraum 2021 geltenden Entgeltkatalog ist insofern nicht erforderlich.
- (3) Der für das jeweilige Jahr geltende krankenhausesindividuelle Pflegeentgeltwert ist nach § 6a Absatz 4 Satz 3 KHEntgG der Abrechnung der mit Bewertungsrelationen bewerteten tagesbezogenen Pflegeentgelten nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6a KHEntgG für voll- und teilstationäre Belegungstage zugrunde zu legen.

§ 8

Erlöszuordnung und Ausgleiche für Überlieger

- (1) Die Erlöse aus tagesbezogenen Pflegeentgelten für Überlieger sind in voller Höhe dem Pflegebudget des Entlassungsjahres zuzuordnen.
- (2) ¹Für den Vereinbarungszeitraum 2020 gelten die folgenden Ausgleichsregelungen:
1. ²Bei der Durchführung eines Erlösausgleichs zwischen den Ist-Erlösen auf Grundlage des G-DRG-Katalogs 2019 und den Erlösen, die sich nach Überleitung auf den aG-DRG-Katalog 2020 ergeben, ist die Finanzierungsneutralität über

einen Preisausgleich sicherzustellen. ³Die sich aus der Überleitung der Überliegerfälle 2019/2020 nach § 7 Absatz 2 Satz 2 ergebenden Erlösabweichungen im Pflegebudget sind insofern infolge der fehlenden Abrechnungsmöglichkeit für tagesbezogene Pflegeentgelte über diesen Preisausgleich vollständig auszugleichen.

2. ⁴Die Erlösausgleichsberechnung nach § 6a Abs. 5 KHEntgG für das Jahr 2020 hat unter Berücksichtigung der Erlöse für die Überlieger 2019/2020 anhand des Pflegeerlöskatalogs 2020 zu erfolgen.

3. ⁵Für die Berechnung der Mehr- oder Minderkosten nach § 6a Abs. 2 Satz 3 KHEntgG werden die dem Krankenhaus im Jahr 2020 tatsächlich entstandenen Pflegepersonalkosten mit den vereinbarten pflegebudgetrelevanten Personalkosten (entsprechend Anlage 1.3, Zeile 13) für das Jahr 2020 verglichen. ⁶Das Krankenhaus legt hierzu eine Bestätigung des Jahresabschlussprüfers über die vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2020 entstandenen Pflegepersonalkosten gemäß § 6a Abs. 3 Satz 3 KHEntgG vor.

(3) ¹Für den Vereinbarungszeitraum 2021 gelten die folgenden Ausgleichsregelungen:

1. ²Die Erlöse aus tagesbezogenen Pflegeentgelten für Überlieger 2020/2021 sind in voller Höhe dem Pflegebudget des Jahres 2021 zuzuordnen. ³Die Überlieger 2020/2021 werden nicht auf den Pflegeerlöskatalog 2021 übergeleitet. ⁴Die Erlösausgleichsberechnung nach § 6a Abs. 5 KHEntgG hat unter Berücksichtigung der Erlöse für die Überlieger 2020/2021 anhand des Pflegeerlöskatalogs 2020 zu erfolgen.

2. ⁵Für die Berechnung der Mehr- oder Minderkosten nach § 6a Abs. 2 Satz 3 KHEntgG werden die dem Krankenhaus im Jahr 2021 tatsächlich entstandenen Pflegepersonalkosten mit den vereinbarten pflegebudgetrelevanten Personalkosten (entsprechend Anlage 1.3, Zeile 13) für das Jahr 2021 verglichen. ⁶Das Krankenhaus legt hierzu eine Bestätigung des Jahresabschlussprüfers über die vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021 entstandenen Pflegepersonalkosten gemäß § 6a Abs. 3 Satz 3 KHEntgG vor.

(4) Die Vertragsparteien nach § 11 KHEntgG können, insbesondere auf Grundlage einer gemeinsamen Empfehlung auf Landesebene, im Einvernehmen abweichende Regelungen vereinbaren.

§ 8-9

Inkrafttreten, Geltungsdauer

¹Die Vereinbarung tritt mit Unterzeichnung der Vertragsparteien in Kraft und findet Anwendung für die Vereinbarungszeiträume 2020 und 2021. ²Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Verhandlungen über eine Neuvereinbarung bis zum 31.08.2021 abzuschließen.

§ 9-10

Kündigung

¹Diese Vereinbarung kann mit einer Frist von sechs Monaten zum 31.12.2020 mit Wirkung für den Vereinbarungszeitraum 2021 schriftlich gekündigt werden. ²Die Vertragsparteien verpflichten sich im Falle einer Kündigung, die Verhandlungen über eine Neuvereinbarung für den Vereinbarungszeitraum 2021 bis zum 31.08.2020 abzuschließen. ³Solange keine neue Vereinbarung abgeschlossen ist, gelten für das Jahr 2021 die Bestimmungen dieser Vereinbarung weiter.

§ 110 **Salvatorische Klausel**

¹Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht berührt. ²Die Vertragsparteien werden die ungültige Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung ersetzen, die dem Zweck der ungültigen Bestimmung möglichst nahekommt.

Anlagen:

1. Herleitung der pflegebudgetrelevanten Kosten
 - 1.1 Tabellenblatt 1: IST-Daten des abgelaufenen Kalenderjahres
 - 1.2 Tabellenblatt 2: IST-Daten des laufenden Kalenderjahres
 - 1.3 Tabellenblatt 3: Forderung
2. Muster zur Übermittlung der testierten Daten nach § 6a Absatz 3 Satz 3 KHEntgG
3. Ergänzung ausgewählter AEB-Formulare (E1, E3.1 und E3.3)
- 3.4. Herleitung der pflegebudgetrelevanten Kosten
 - 4.1 Tabellenblatt 1: IST-Daten des abgelaufenen Kalenderjahres
 - 4.2 Tabellenblatt 2: IST-Daten des laufenden Kalenderjahres
 - 4.3 Tabellenblatt 3: Forderung
 - 4.4 Tabellenblatt 4: Dokumentation des vereinbarten Pflegebudgets (Vereinbarungsblatt)
- 5 Muster zur Übermittlung der testierten Daten nach § 6a Absatz 3 Satz 3 KHEntgG (Anwendung ausgesetzt)
- 46 Referenzwerte 2018
- 57 Weitere Vorgaben zur Umsetzung